



November 2011

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und drei Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Sorge vor Ausweitung der Schuldenkrise auf Rekordhoch	5
Erwartungen an G20-Gipfel: Stärkere Kontrolle der Finanzmärkte notwendig, doch politisch nicht durchsetzbar	8
Finanztransaktionssteuer geeignetes Instrumentarium zur Verhinderung künftiger Finanzkrisen	10
Steuersenkungen: Entlastung findet Zustimmung, doch Schuldenabbau hat Vorrang	12
Breite Mehrheit für gesetzlichen Mindestlohn.....	15
Kurswechsel der CDU beim Mindestlohn gilt als nicht glaubwürdig	17
Politikerbewertung: de Maizièrre mit Rekordwert auf Platz Eins.....	18
Kanzlerdirektwahl: Steinbrück knapp vor Merkel, Steinmeier fällt zurück.....	20
Sonntagsfrage: Union legt zu, Grüne verlieren weiter	22

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND November 2011

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und drei Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Autor:	Jörg Schönenborn (WDR) ☎ 0221 / 220 - 1800	
Redakteur WDR:	Ingmar Cario (WDR) ☎ 0221 / 220 - 1800	
Wissenschaftliche Betreuung/Durchführung:	Heiko Gothe (Infratest dimap) ☎ 030 / 533 22 - 116	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.002 Befragte Fragen „Einführung Finanztransaktionssteuer durch Euro-Länder“ und „Steuersenkungen oder geringere Neuverschuldung“: 499 Befragte Fragen „Finanztransaktionssteuer zur Verhinderung von Finanzkrisen“ und „Pläne zur Steuersenkung“: 503 Befragte Sonntagsfrage: 1.502 Befragte	
Erhebungszeitraum:	31. Oktober bis 01. November 2011 Sonntagsfrage: 31. Oktober bis 02. November 2011	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	☎ 030/533 22 - 113 ☎ 0228/329 69 - 3

Analyse

Zusammenfassung

Die Befürchtung, dass der schlimmste Teil der Euro- und Schuldenkrise noch bevorsteht ist in den letzten vier Wochen auf 82 Prozent angestiegen – nie war die Sorge größer. Nach der Ankündigung einer Volksabstimmung in Griechenland durch den griechischen Premier ist diese Sorge deutlich angestiegen. Dass die Griechen über das Euro-Rettungspaket und die sie betreffenden Sparmaßnahmen befragt werden sollen, findet hierzulande ein geteiltes Echo (48:48 Prozent). Für den Fall, dass die Griechen das Paket ablehnen, muss das Land aus Sicht von 82 Prozent der Deutschen die Euro-Zone verlassen. In der Summe befürchten mehr als vier von fünf (84 Prozent), dass Deutschland am Ende noch mehr zahlen muss, als im Euro-Rettungspaket vorgesehen ist. Immerhin 58 Prozent erkennen an, dass Kanzlerin Merkel beim Euro-Gipfel in Brüssel die deutschen Interessen erfolgreich vertreten hat. Jedoch ist nur gut jeder Vierte (28 Prozent) der Überzeugung, dass durch diese Gipfel-Beschlüsse die Probleme vorerst gelöst sind.

Griechenland ist ein Grund für die anhaltende Verunsicherung, das Banken- und Finanzsystem ist ein weiterer. Eine sehr große Mehrheit der Bundesbürger (92 Prozent) plädiert für eine stärkere Regulierung des Finanz- und Bankensektors durch die G20-Staaten. Allerdings hat die Hälfte (47 Prozent) Zweifel, ob die Politik eine stärkere Kontrolle der Banken und Finanzmärkte durchsetzen kann. Eine weltweite Finanztransaktionssteuer wäre nach Meinung von 61 Prozent ein wichtiger Beitrag, um künftige Finanzkrisen zu verhindern.

Im Zuge der Krise gelingt es der Union ihren Rückhalt bei den Wahlberechtigten etwas auszubauen: Die CDU/CSU käme aktuell auf einen Wähleranteil von 34 Prozent, ein Plus von 2 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Der kleinere Koalitionspartner FDP kann sich zwar leicht verbessern, bleibt aber mit 4 Prozent unter der 5-Prozent-Hürde. Ebenfalls leichte Zugewinne können die Sozialdemokraten erzielen, die mit 31 Prozent (+1) ihren besten Wert seit August 2010 erreichen. Die Grünen, die bereits im Vormonat drei Punkte abgeben mussten, verlieren weitere 2 Punkte und kämen derzeit auf 15 Prozent - wie zuletzt im März 2011 vor der Atom-Havarie in Fukushima. Die Linke bleibt unverändert bei 6 Prozent. Die Piraten verzeichnen leichte Verluste, wären mit 7 Prozent (-1) aber immer noch deutlich über der Mandatsschwelle.

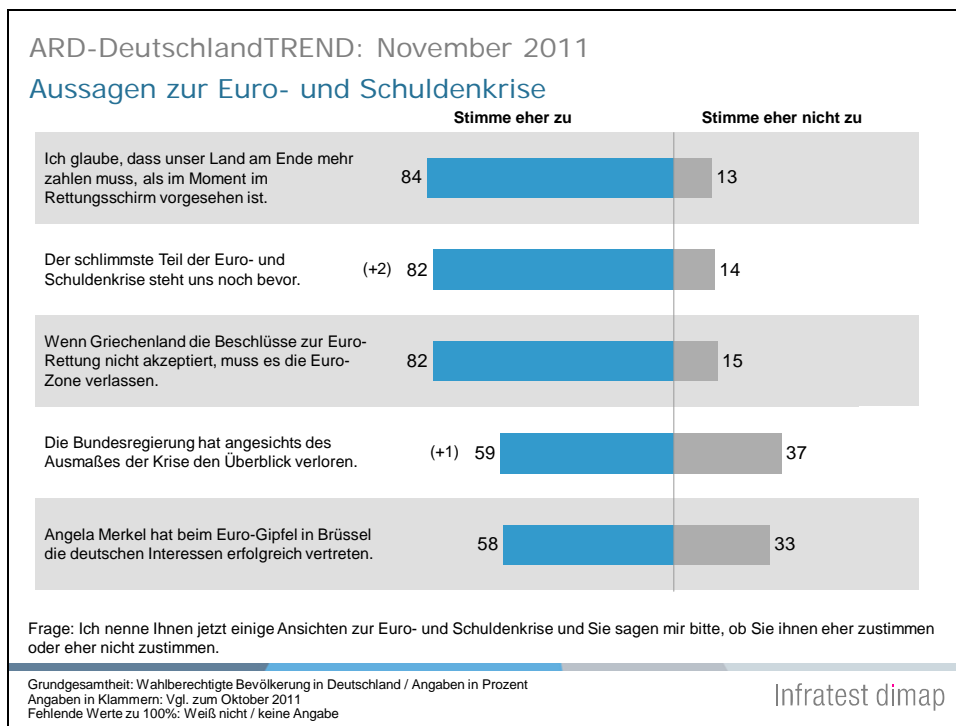
Die von der Bundesregierung angekündigte steuerliche Entlastung findet bei einer Mehrheit zwar Zustimmung, der Schuldenabbau hat für die Bürger jedoch klar Vorrang. Sollte die Entlastung kommen plädieren etwas mehr für eine Absenkung des Solidarzuschlags (50 Prozent) als für eine Reduzierung der Einkommensteuer (40 Prozent).

Die Einführung eines Mindestlohnes wird von 86 Prozent der Deutschen befürwortet, auch von einer Mehrheit der Unions-Anhänger. In der Frage, ob der Mindestlohn durch den Bundestag gesetzlich festgelegt oder durch die Tarifparteien ausgehandelt wird, ist die Bevölkerung geteilter Meinung (47:47 Prozent). Die neue Linie der CDU beim Mindestlohn halten nur 17 Prozent für einen glaubwürdigen Politikwechsel, 78 Prozent sehen dies als Wahltaktik an.

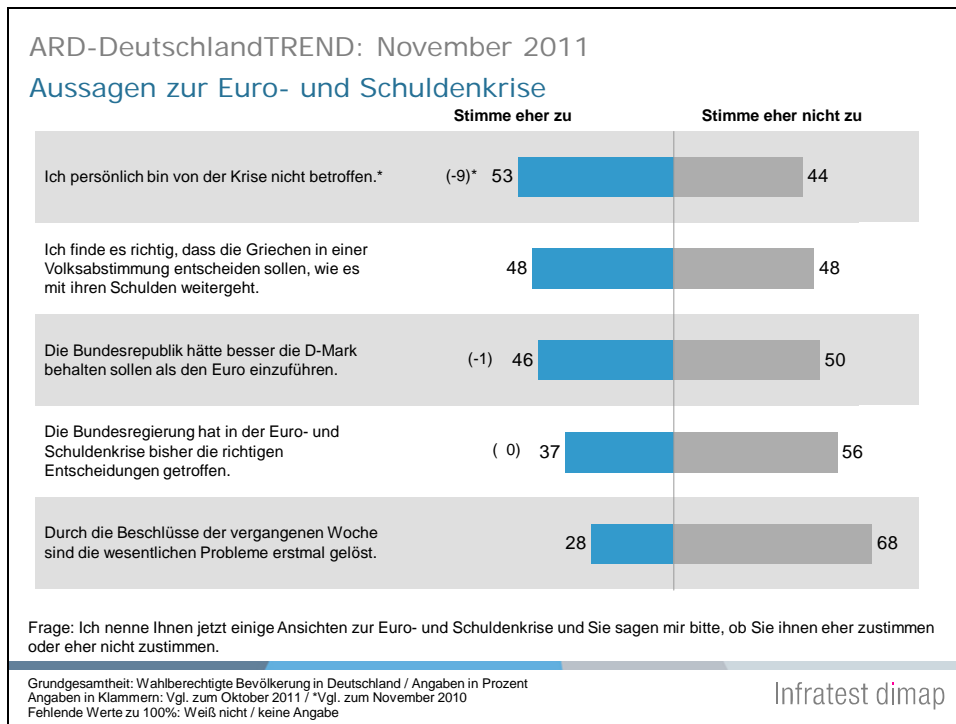
Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND im November, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von drei Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 31. Oktober bis 02. November 1.002, für die Sonntagsfrage 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Sorge vor Ausweitung der Schuldenkrise auf Rekordhoch

Die Verunsicherung in der Bevölkerung angesichts der Euro- und Schuldenkrise ist in den letzten vier Wochen angestiegen. Derzeit äußern 82 Prozent die Befürchtung, dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht – nie war die Sorge größer. Nach der Ankündigung einer Volksabstimmung in Griechenland durch den griechischen Premier am Montag sind diese Bedenken am Folgetag größer geworden. Dass die Griechen über das Euro-Rettungspaket und die sie betreffenden Sparmaßnahmen befragt werden sollen, findet hierzulande ein geteiltes Echo (48:48 Prozent). Für den Fall, dass die Griechen das Paket ablehnen, muss das Land aus Sicht von 82 Prozent die Euro-Zone verlassen. In der Summe befürchten mehr als vier von fünf Deutschen (84 Prozent), dass Deutschland am Ende noch mehr zahlen muss, als im Euro-Rettungspaket vorgesehen ist.



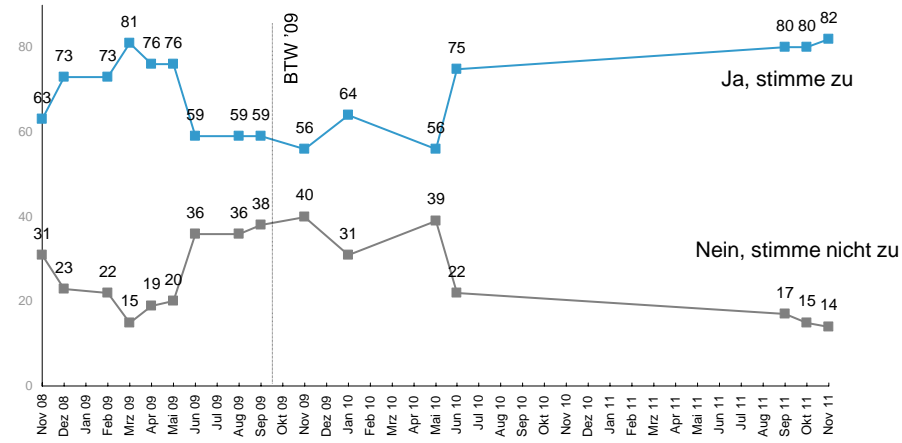
Zwar sagt weiterhin eine Mehrheit (53 Prozent), dass sie persönlich nicht von der Krise betroffen ist, doch 44 Prozent spüren nach eigener Aussage deren Auswirkungen – so viele wie nie zuvor. Trotz der Probleme in der Eurozone sind diejenigen, die der D-Mark nachtrauern in der Minderheit (47 Prozent). Im Vergleich zum Dezember letzten Jahres genießt der Euro sogar eher höheren Rückhalt: Damals hatten noch 57 Prozent die Position vertreten, Deutschland hätte besser die D-Mark behalten sollen.



Auf die politischen Maßnahmen der Bundesregierung blicken die Bürger mit Skepsis: Knapp sechs von zehn (59 Prozent) sind der Meinung, dass das Kabinett angesichts des Ausmaßes der Krise den Überblick verloren hat. 56 Prozent sprechen der Regierung ab, dass sie im Verlauf der Krise die richtigen Entscheidungen getroffen hat. Allerdings erkennen immerhin 58 Prozent an, dass Kanzlerin Merkel beim Euro-Gipfel in Brüssel die deutschen Interessen erfolgreich vertreten hat. Dennoch ist nur gut jeder Vierte (28 Prozent) der Überzeugung, dass durch diese Gipfel-Beschlüsse die Probleme erstmal gelöst sind. Auch diese Skepsis ist nach der Ankündigung einer Volksabstimmung in Griechenland deutlich größer geworden.

ARD-DeutschlandTREND: November 2011

Aussagen zur Krise: "Der schlimmste Teil der Krise steht uns noch bevor."

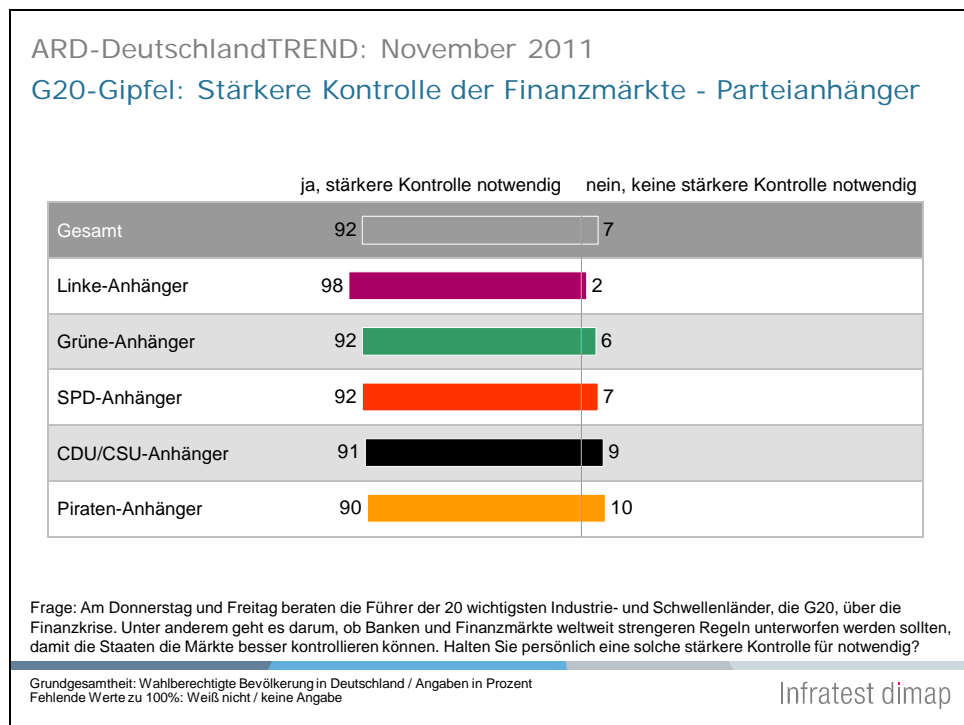


Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige Ansichten zur Euro- und Schuldenkrise und Sie sagen mir bitte, ob Sie ihnen eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.

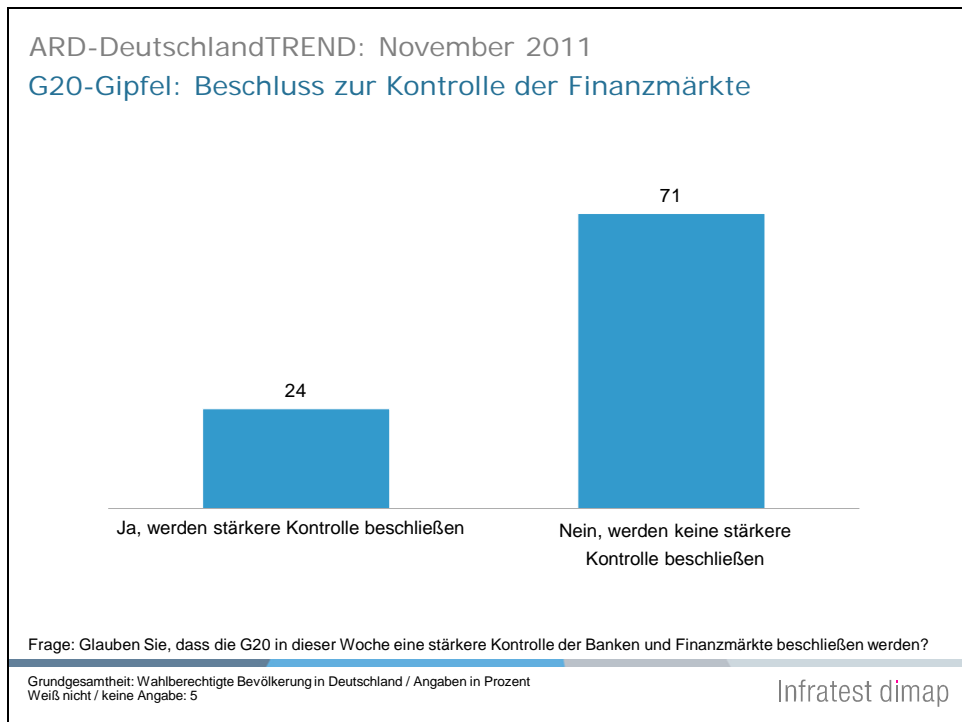
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent
 Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe

Erwartungen an G20-Gipfel: Stärkere Kontrolle der Finanzmärkte notwendig, doch politisch nicht durchsetzbar

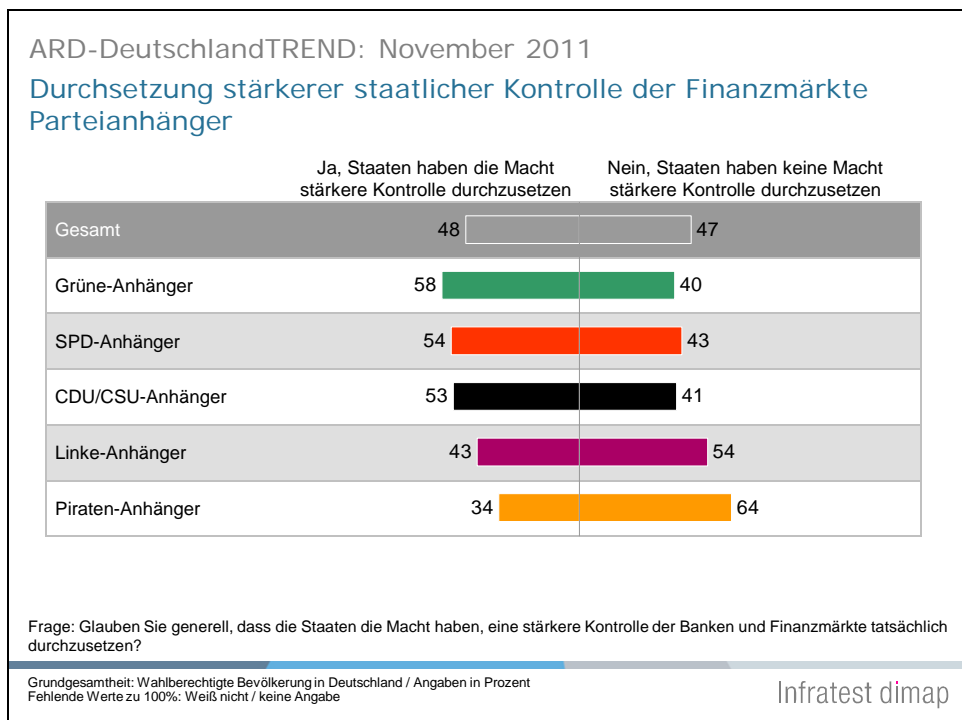
In dieser Woche beraten die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer über die Euro- und Finanzkrise. In diesem Zusammenhang plädiert eine sehr große Mehrheit der Bundesbürger (92 Prozent) für eine stärkere Regulierung des Finanz- und Bankensektors. Lediglich 7 Prozent sind der Meinung, dass keine stärkere Kontrolle notwendig ist. In dieser Frage besteht ein breiter Konsens in allen Parteienhängerschaften.



An dem Willen der politisch Verantwortlichen, ein höheres Maß an Kontrolle tatsächlich durchzusetzen, bestehen jedoch erhebliche Zweifel. Lediglich ein Viertel der Bürger (24 Prozent) erwartet, dass auf dem G20-Gipfel ein Beschluss zur stärkeren Kontrolle des Finanz- und Bankensektors fällt. Eine deutliche Mehrheit von 71 Prozent glaubt hingegen nicht, dass sich die Staats- und Regierungschefs auf eine strengere Regulierung verständigen werden.

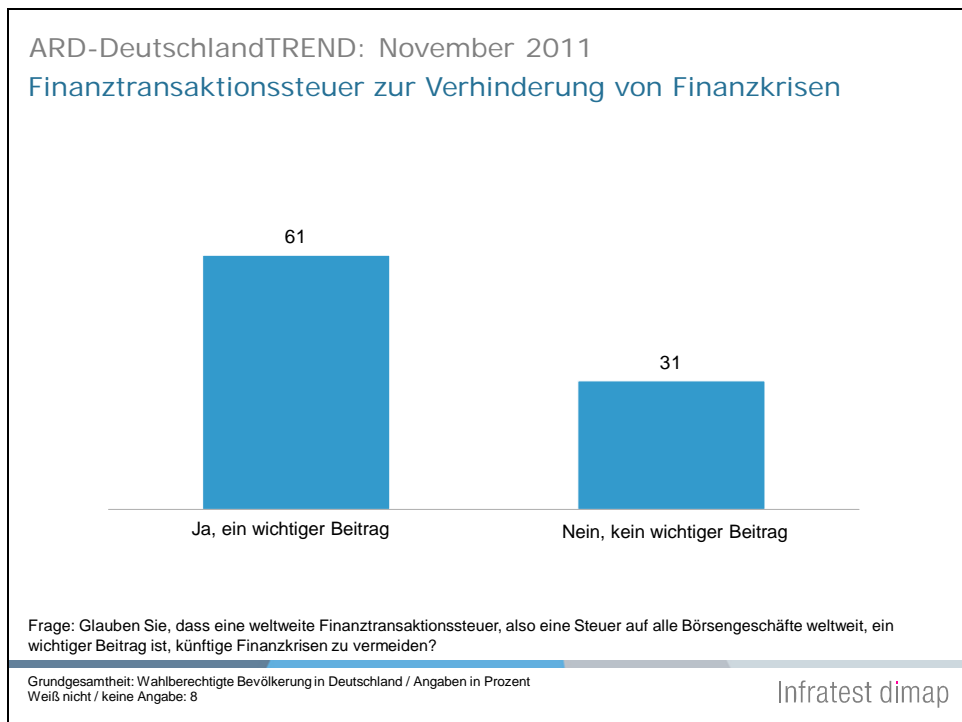


Bei der Frage, ob die Staaten überhaupt die Macht haben, eine stärkere Kontrolle der Banken und der Finanzmärkte durchzusetzen, sind die Meinungen geteilt: Die eine Hälfte der Bevölkerung (48 Prozent) glaubt, die politisch Verantwortlichen könnten eine strengere Regulierung realisieren, die andere Hälfte (47 Prozent) vermutet hingegen, die Staaten seien dazu gar nicht im Stande. In den Lagern von Union, SPD und den Grünen halten Mehrheiten das Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten zumindest prinzipiell für durchsetzbar, während dies von den Anhängern der Linken und der Piratenpartei bezweifelt wird.



Finanztransaktionssteuer geeignetes Instrumentarium zur Verhinderung künftiger Finanzkrisen

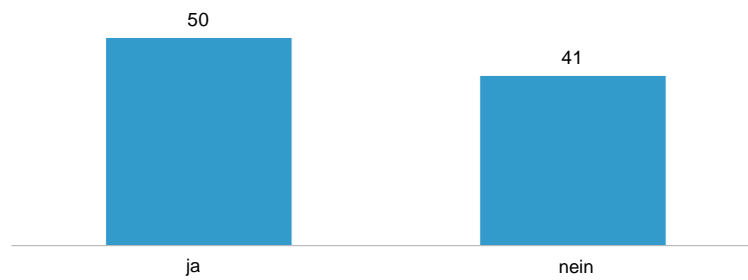
Eine weltweite Finanztransaktionssteuer wäre nach Meinung einer Mehrheit von 61 Prozent ein wichtiger Beitrag, um künftige Finanzkrisen zu verhindern. Diese Ansicht wird sowohl von den Anhängern der Union als auch der Oppositionsparteien geteilt. Nur ein knappes Drittel (31 Prozent) bezweifelt die Wirksamkeit eines solchen finanzpolitischen Instrumentariums.



Gegenüber einer globalen Besteuerung der Finanzströme fällt das Urteil über eine europaweite Lösung zwar etwas verhaltener aus. Doch ist immer noch gut die Hälfte der Deutschen (50 Prozent) der Meinung, dass die Euro-Länder eine solche Transaktionssteuer wenn nötig auch alleine einführen sollten.

ARD-DeutschlandTREND: November 2011

Einführung einer Finanztransaktionssteuer durch Euro-Länder



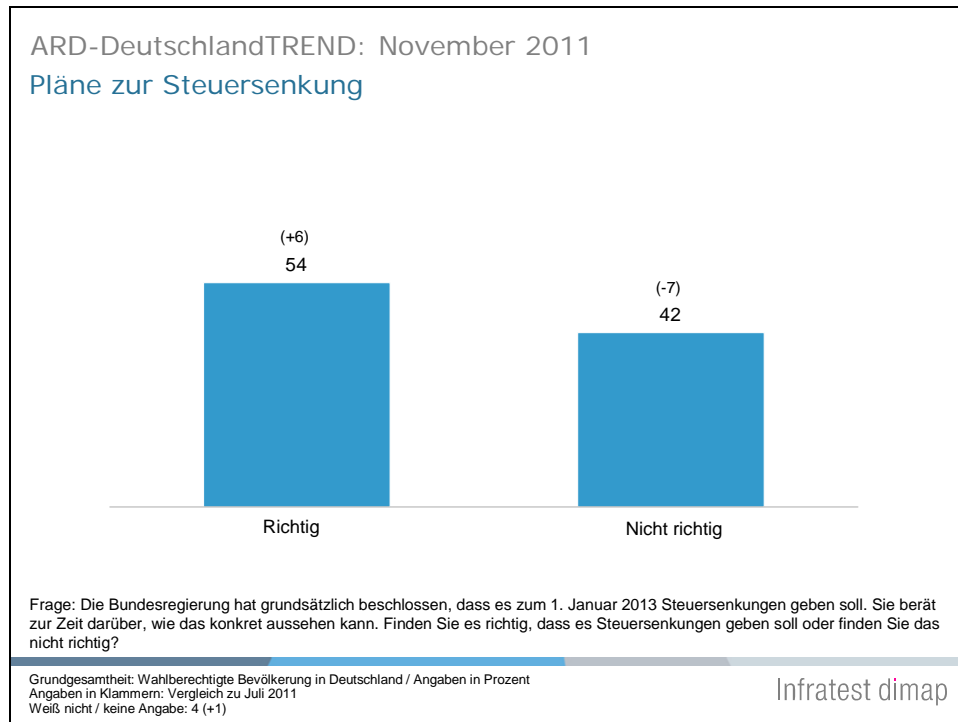
Frage: Seit längerem wird über die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer, also eine Steuer auf alle Börsengeschäfte weltweit, diskutiert. Wichtige Länder wie die USA und Großbritannien sind dagegen. Was denken Sie: sollten die Euro-Länder eine solche Steuer wenn nötig allein einführen oder nicht?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent
Weiß nicht / keine Angabe: 9

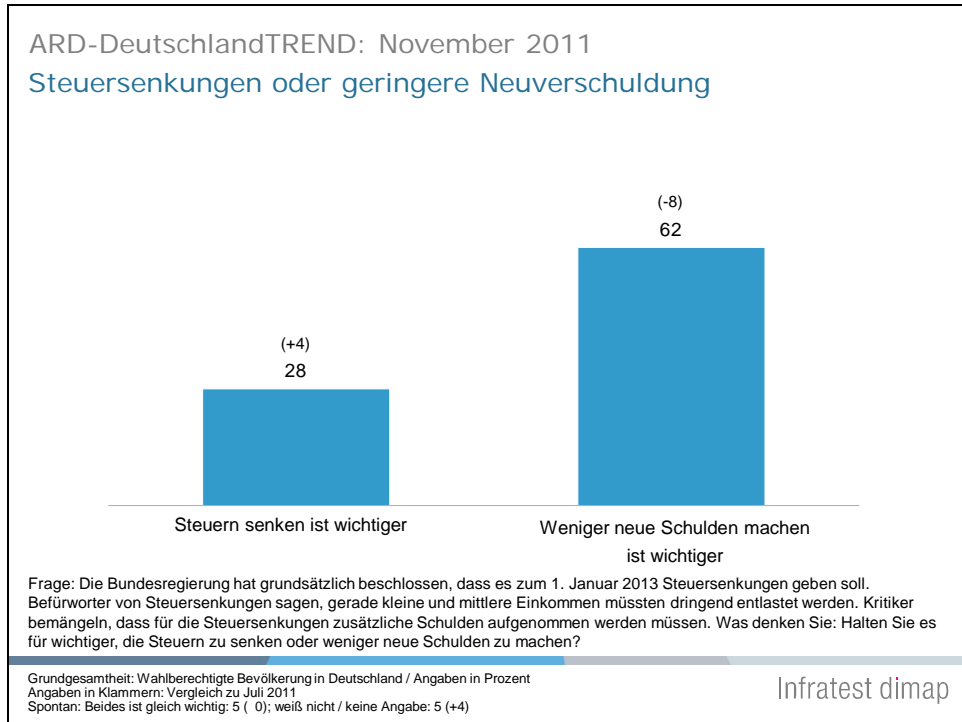
Infratest dimap

Steuersenkungen: Entlastung findet Zustimmung, doch Schuldenabbau hat Vorrang

Den grundsätzlichen Beschluss der Bundesregierung, Anfang 2013 Steuern zu senken, hält eine Mehrheit von 54 Prozent der Bürger für richtig. Abgelehnt wird eine steuerliche Entlastung hingegen von 42 Prozent. Gegenüber Juli dieses Jahres sind damit etwas mehr Stimmen zu hören, die sich für Steuersenkungen aussprechen.



Auch wenn eine steuerliche Entlastung bei einer Mehrheit Zustimmung findet, hat Schuldenabbau für die Bürger Vorrang. Bei der Alternative Steuersenkung oder geringere Neuverschuldung, hat der Abbau der staatlichen Verbindlichkeiten klare Priorität (28:62 Prozent).



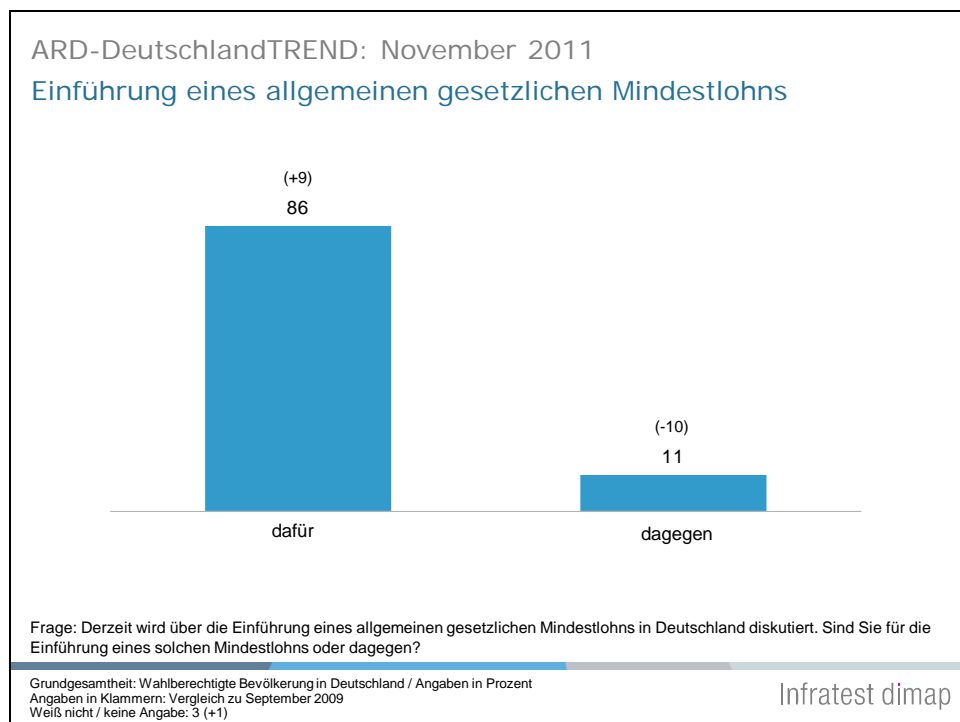
In welcher Form im nächsten Jahr die Entlastung vorgenommen werden soll ist noch unklar. Im Gespräch sind eine Senkung der Einkommenssteuer oder eine Reduzierung des Solidaritätszuschlags. Die Absenkung des „Soli“ (50 Prozent) findet etwas mehr Unterstützung als die Reduzierung der Einkommenssteuer (40 Prozent).



Bemerkenswert ist bei diesem Thema die Positionierung der FDP-Anhänger, die aufgrund der geringen Fallzahl aber nur als grober Richtwert zu interpretieren ist. Die verbliebenen Anhänger der Liberalen sprechen sich weiterhin fast unisono für eine Steuersenkung aus – mit deutlicher Präferenz für die Senkung des Soli-Beitrags – bewerten aber gleichzeitig mit fast ebenso deutlicher Mehrheit den Schuldenabbau als das vordringlichste Ziel.

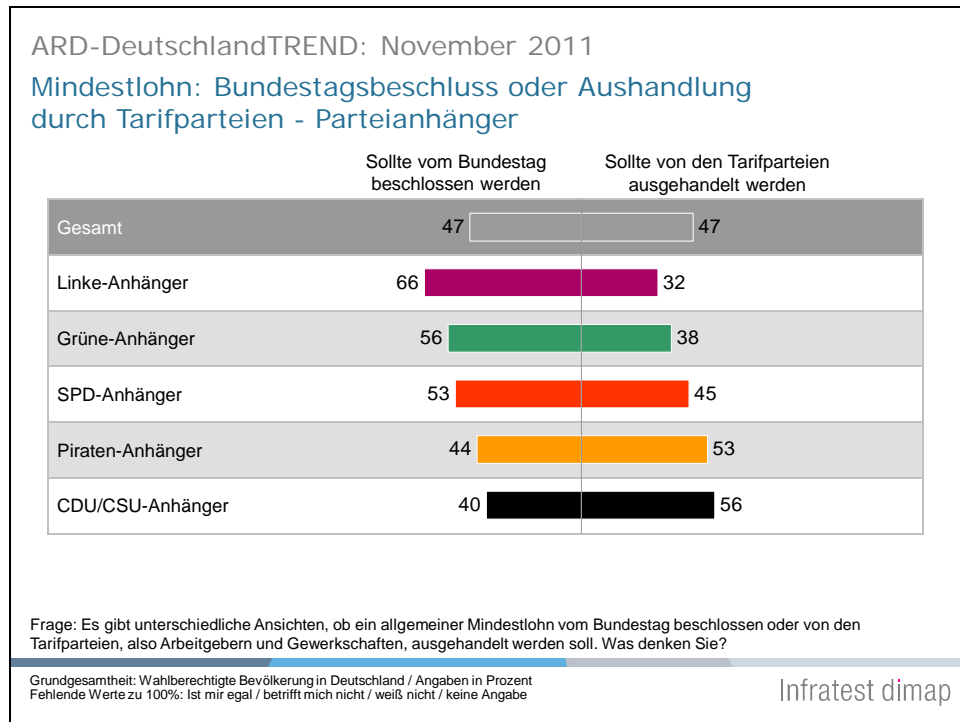
Breite Mehrheit für gesetzlichen Mindestlohn

Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns ist seit Jahren Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Bei den Parteien gab es bislang ebenso dezidierte Gegner wie klare Befürworter eines Mindestlohns. Die Bevölkerung fordert ihn hingegen schon seit langem. Derzeit spricht sich eine sehr breite Mehrheit von 86 Prozent dafür aus, 9 Punkte mehr als vor zwei Jahren. Lediglich jeder Zehnte (11 Prozent) würden seine Einführung für einen Fehler halten.



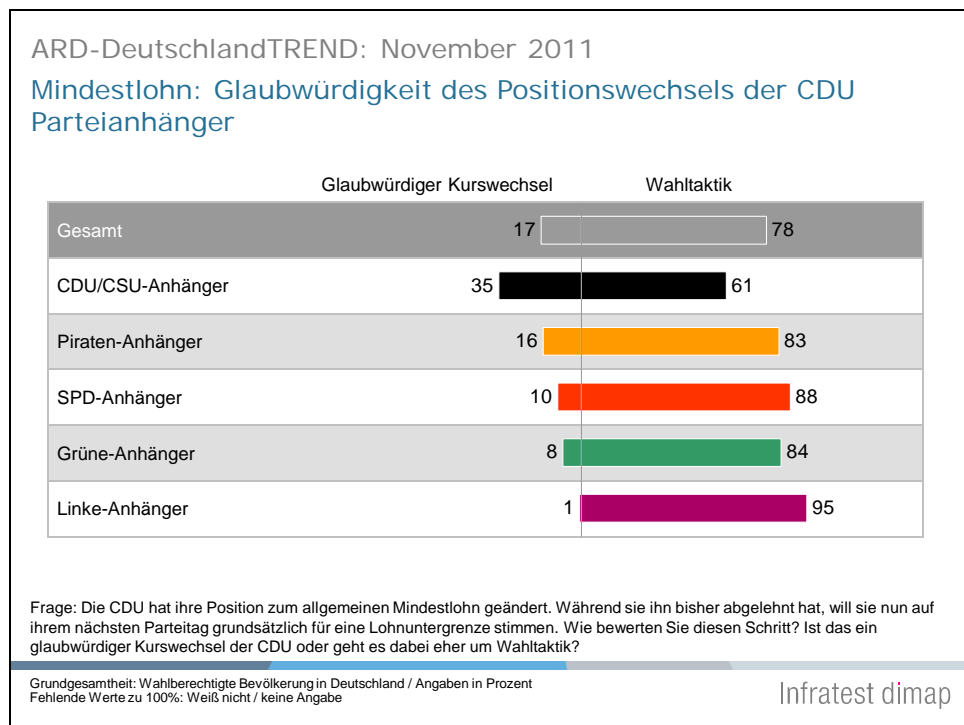
Die Einführung eines Mindestlohns wird von Anhängern aller Parteien befürwortet. Im Vergleich zum September 2009 hat sich die Forderung nach einem Mindestlohn sowohl im Lager der Union (+10 Punkte) als auch bei den Wählern der Grünen (+9 Punkte) verstärkt. In den Reihen der SPD- und der Linken-Anhänger fordern heute wie damals neun von zehn die Einführung eines Mindestlohns.

Strittig ist nach wie vor, wer den Mindestlohn festlegen soll. Denkbar sind eine gesetzliche Festlegung durch den Bundestag oder eine Vereinbarung durch die Tarifparteien. In der Bevölkerung fallen die Standpunkte dazu völlig kontrovers aus: Jeweils 47 Prozent plädieren für die eine oder die andere Variante.



Kurswechsel der CDU beim Mindestlohn gilt als nicht glaubwürdig

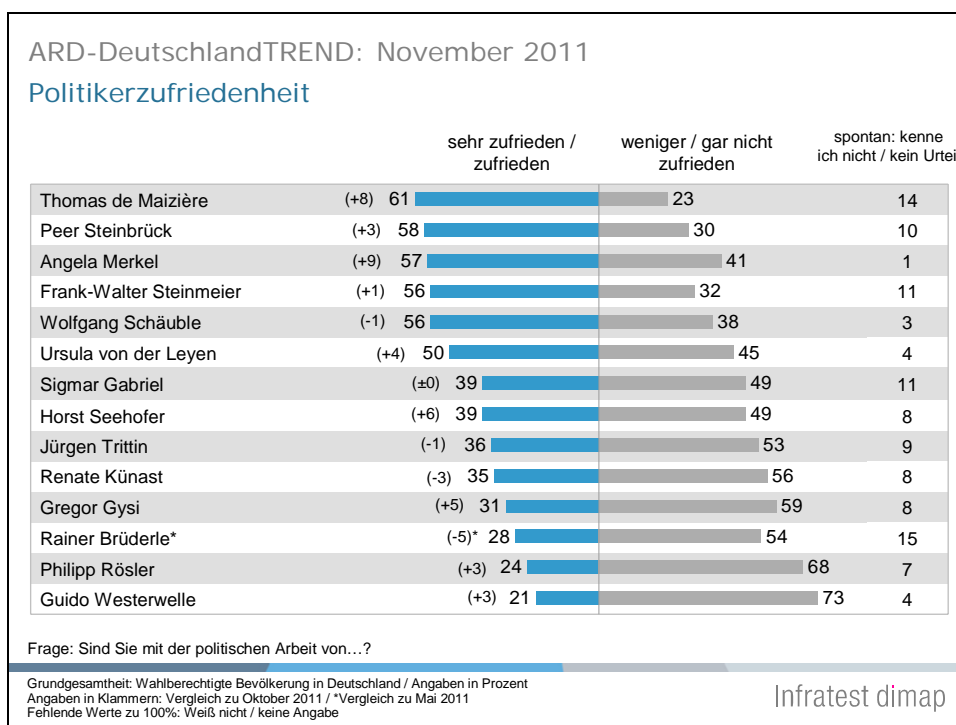
Skeptisch blicken die Bundesbürger auf den Kurswechsel der CDU beim Thema Mindestlohn, die ihre bisher ablehnende Haltung aufgegeben hat. Die Christdemokraten wollen nun auf ihrem anstehenden Parteitag für Lohnuntergrenzen stimmen, die durch Arbeitgeber und Gewerkschaften ausgehandelt werden sollen. Lediglich 17 Prozent halten die neue Linie der Partei für einen glaubwürdigen Politikwechsel, während fast vier Fünftel (78 Prozent) dahinter ein wahltaktisches Manöver vermuten.



Selbst in der eigenen Anhängerschaft findet nur rund ein Drittel den Kurswechsel ihrer Partei glaubwürdig, obwohl eine Aushandlung durch die Tarifparteien der Mehrheitsmeinung in der Unions-Anhängerschaft entspricht.

Politikerbewertung: de Maizière mit Rekordwert auf Platz Eins

Fast alle abgefragten Spitzenpolitiker haben in diesem Monat Ansehensgewinne zu verzeichnen. Dank eines starken Zuwachses steht Verteidigungsminister Thomas de Maizière an der Spitze der Politikerrangliste in diesem Monat: 61 Prozent (+8 Punkte) der Deutschen sind aktuell mit seiner Arbeit zufrieden. Dies ist zugleich sein bester bisher im ARD-DeutschlandTREND gemessener Wert – keine Selbstverständlichkeit für einen Verteidigungsminister, der gerade die Schließung von 31 Bundeswehrstandorten bekanntgab. Nur knapp dahinter erreichen der frühere SPD-Finanzminister Peer Steinbrück (58 Prozent, +3), Kanzlerin Angela Merkel (57 Prozent, +9), ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble (56 Prozent, -1) sowie der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier (56 Prozent, +1) ähnliche Zustimmungswerte. Nach den als erfolgreich bewerteten Verhandlungen zur Euro- und Schuldenkrise kann Merkel ihre Beliebtheit im Vergleich zum Vormonat am deutlichsten steigern und erzielt damit ihren besten Wert seit Mai 2010.

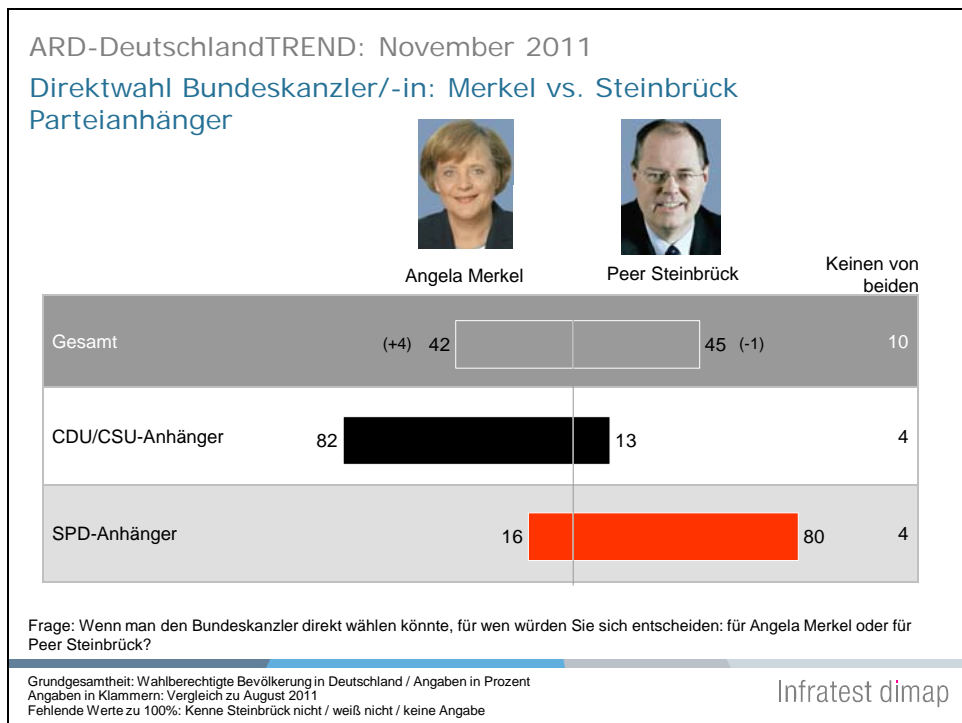


Auch Arbeitsministerin Ursula von der Leyen kann nach ihrem Einsatz für Lohnuntergrenzen ihren Rückhalt in der Bevölkerung ausbauen und bekommt von 50 Prozent (+4) gute Noten. Im hinteren Mittelfeld liegen mit den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Sigmar Gabriel (39 Prozent, +/-0), und der Grünen, Jürgen Trittin (36 Prozent, -1) und Renate Künast (35 Prozent, -3), sowohl Oppositionspolitiker als auch mit Horst Seehofer (39 Prozent, +6) ein Vertreter der Regierungsparteien.

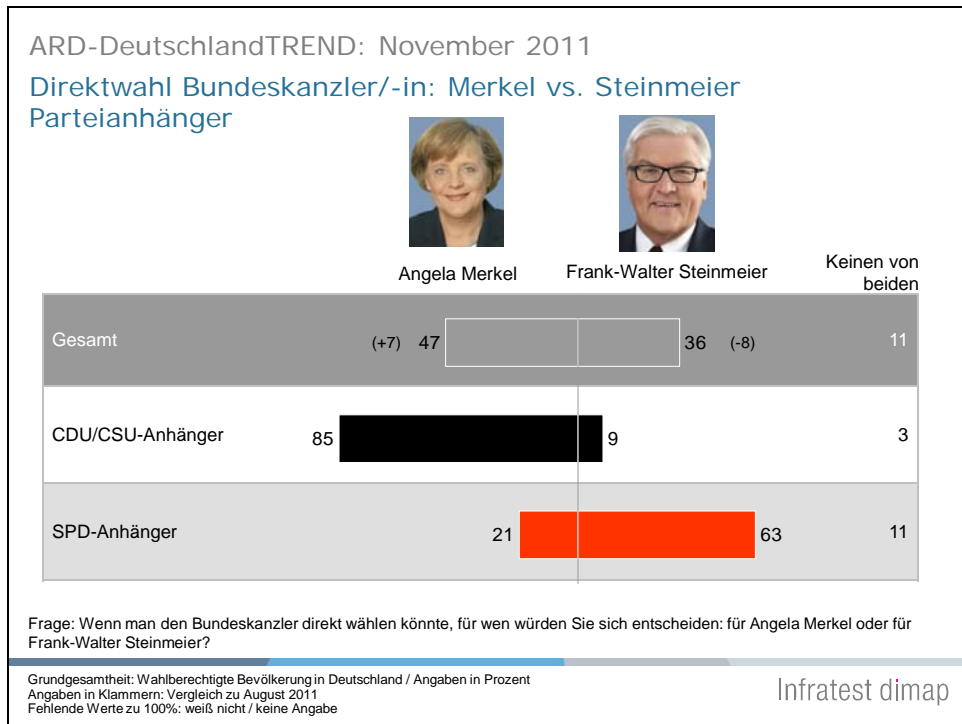
Hinter dem Fraktionschef der Linkspartei, Gregor Gysi, mit dessen Arbeit nach dem Erfurter Programmparteitag ein knappes Drittel der Deutschen (31 Prozent, +5) zufrieden ist, nehmen die Spitzen der Liberalen die letzten Plätze ein. Noch am besten schneidet der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle mit 28 Prozent wohlwollenden Urteilen ab. Das politische Wirken des FDP-Chefs und Wirtschaftsministers Philipp Rösler bewerten 24 Prozent (+3) positiv, während mit der Arbeit des Außenministers Guido Westerwelle in diesem Monat lediglich 21 Prozent (+3) einverstanden sind.

Kanzlerdirektwahl: Steinbrück knapp vor Merkel, Steinmeier fällt zurück

Das Werben des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt für die Nominierung Peer Steinbrücks als SPD-Kanzlerkandidat findet in der Bevölkerung ein geteiltes Echo: Jeder Zweite (50 Prozent) hält die gemeinsamen öffentlichen Auftritte von Schmidt und Steinbrück für angemessen, fast genauso viele (45 Prozent) sind gegenteiliger Meinung. Das frühzeitige Werben für Steinbrücks Kandidatur scheint dem ehemaligen Finanzminister jedoch nicht zu schaden. Wenn die Bundesbürger den Kanzler direkt wählen könnten, würden sich 45 Prozent für den Sozialdemokraten und 42 Prozent für Angela Merkel entscheiden. Steinbrück erreicht damit ein ähnliches Niveau wie im August dieses Jahres (-1), auch wenn die amtierende Kanzlerin, beflügelt durch ihre Führungsrolle bei den Brüsseler Verhandlungen, etwas aufholen konnte (+4).



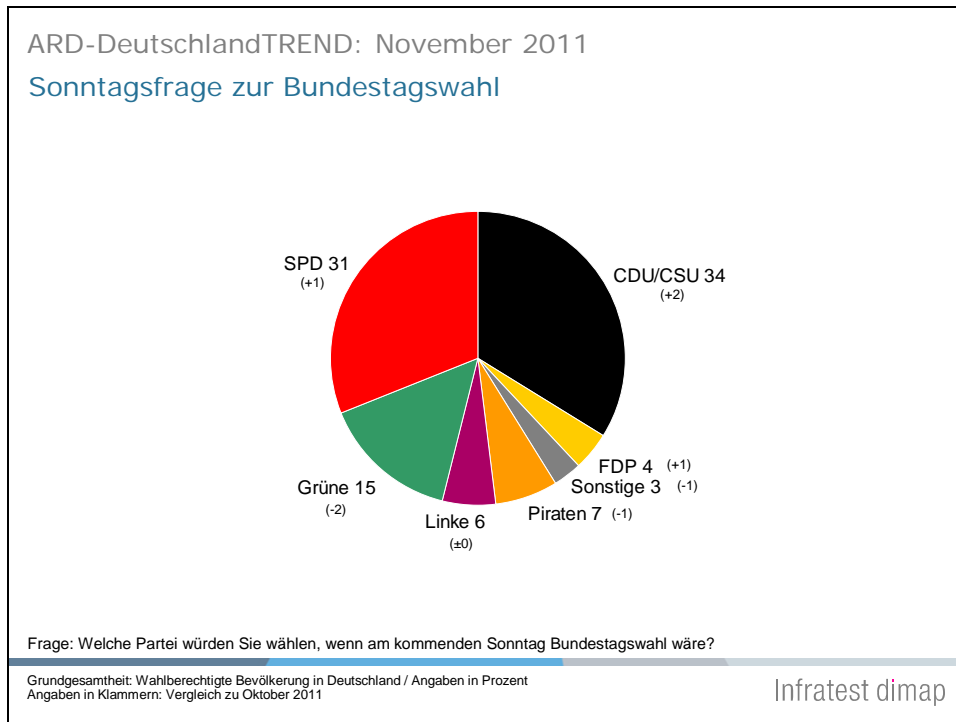
Deutlicher zeigt sich der gewachsene Rückhalt für die Amtsinhaberin in der direkten Konfrontation mit einem möglichen Herausforderer Frank-Walter Steinmeier. Lag Merkel im August noch knapp hinter dem SPD-Fraktionsvorsitzenden, würden sich derzeit 47 Prozent (+ 7) für die CDU-Vorsitzende entscheiden. Frank-Walter Steinmeier könnte nur noch mit der Zustimmung von 38 Prozent (-8) rechnen.



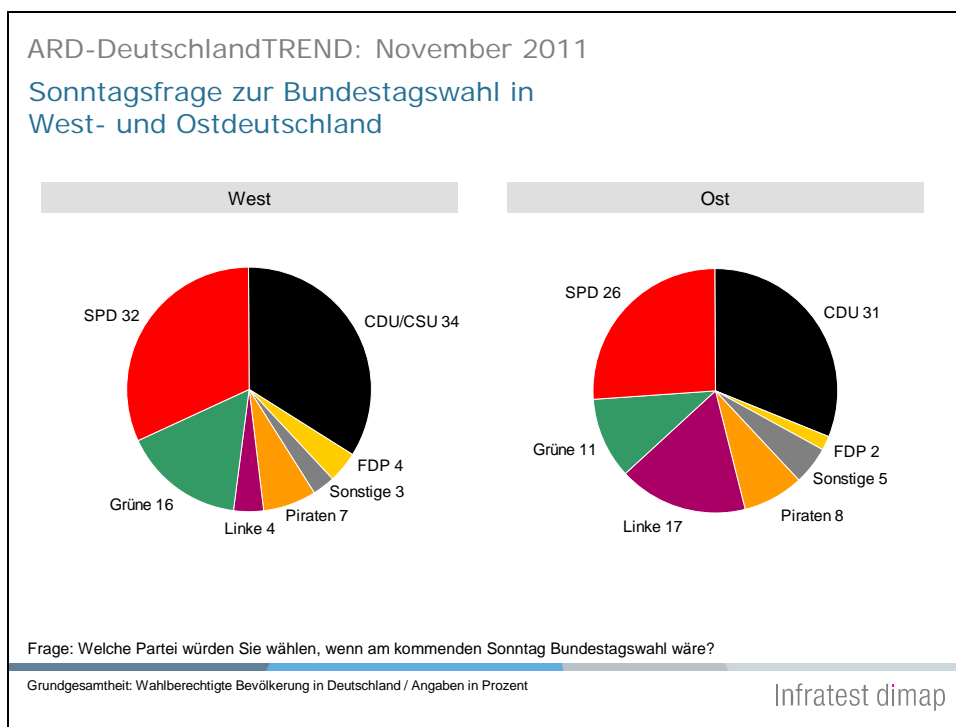
Ähnlich wie im August gelingt Peer Steinbrück eine höhere Mobilisierung im eigenen Lager. Bei der Alternative Merkel gegen Steinbrück würden sich 80 Prozent der SPD-Anhänger für den ehemaligen Finanzminister entscheiden, bei der Alternative Merkel gegen Steinmeier käme der SPD-Fraktionsvorsitzende auf 63 Prozent.

Sonntagsfrage: Union legt zu, Grüne verlieren weiter

Im Zuge der Euro- und Schuldenkrise gelingt es der Union ihren Rückhalt bei den Wahlberechtigten etwas auszubauen: Wenn die Deutschen bereits am nächsten Sonntag an die Wahlurnen gerufen würden, käme die CDU/CSU auf einen Wähleranteil von 34 Prozent, ein Plus von 2 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Der kleinere Koalitionspartner FDP kann sich zwar leicht verbessern (+1), bleibt aber mit 4 Prozent unter der 5-Prozent-Hürde. Ebenfalls leichte Zugewinne können die Sozialdemokraten erzielen, die mit 31 Prozent (+1) ihren besten Wert seit August 2010 erreichen. Die Grünen, die bereits im Vormonat drei Punkte abgeben mussten, verlieren weitere 2 Punkte und kämen derzeit auf 15 Prozent - wie zuletzt im März 2011 vor der Atom-Havarie in Fukushima. Die Linke bleibt unverändert bei 6 Prozent. Die Piraten verzeichnen leichte Verluste, wären mit 7 Prozent (-1) aber immer noch deutlich über der Mandatsschwelle. Alle anderen Parteien kämen zusammengenommen auf 3 Prozent.



Die Union verbessert sich sowohl im Westen als auch im Osten leicht. In den *alten Bundesländern* kommen CDU/CSU auf 34 Prozent. Die Zugewinne der Sozialdemokraten sind auf dem Westen begrenzt. Hier erreicht die SPD 32 Prozent. Auch die FDP (4 Prozent) kann sich im Westen leicht verbessern, die Linke hält ihren Wähleranteil (4 Prozent), während die Piraten (7 Prozent, -1) und die Grünen verlieren (16 Prozent).



In den *neuen Ländern* erreicht die CDU nach leichten Zugewinnen 31 Prozent. Die SPD verliert im Osten deutlich (-3) und käme derzeit auf 26 Prozent der Stimmen, während die Linke klar zulegen kann (17 Prozent, +3). Die FDP bleibt unverändert bei nur 2 Prozent, die Grünen müssen wie im Westen zwei Punkte abgeben und erreichen 11 Prozent. Die Piraten könnten derzeit mit 8 Prozent im Osten rechnen.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler immer kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

--
 Richard Hilmer
 Reinhard Schlinkert